

dieDatenschützer Rhein Main

Keine Untaten mit Bürger*innen-Daten!

E-Mail: kontakt@ddrm.de

Web: <https://ddrm.de>

Ansprechpartner:

Uli Breuer: (0179) 6909xxx

Roland Schäfer: (0172) 6820xxx

Walter Schmidt: (0152) 21512xxx

Spendenkonto:

IBAN: DE76 5009 0900 5148 1976 00

BIC: GENODEF1P06

Prof. Dr. Alexander Roßnagel
Gustav-Stresemann-Ring 1
65189 Wiesbadeb

per Mail an: poststelle@datenschutz.hessen.de

Frankfurt, 04.03.2021

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Roßnagel,

die Mitglieder der Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** wünschen Ihnen zum Antritt Ihres Amtes als Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit viel Erfolg bei der Sicherung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung und bei der – in Hessen besonders notwendigen – Erweiterung der Informationsfreiheitsrechte der Bürger*innen.

Unsere Glückwünsche an Sie möchten wir verbinden mit einigen Vorschlägen, wie aus unserer Sicht die Erreichung der o. g. Ziele unterstützt werden kann.

Im Bereich Datenschutz wünschen wir uns, dass Sie

- sicherstellen, dass die von uns im Mai 2014 eingereichte Sammelbeschwerde zu 369 Standorten von Videoüberwachung des öffentlichen Straßenraums in Frankfurt weiter bearbeitet wird - nach Zählung Ihrer Behörde sind bislang erst 161 Standorte abschließend bearbeitet;
- unsere vor wenigen Tagen bei Ihrer Behörde eingegangene Bitte um Prüfung der Videoüberwachungsanlage auf dem Luisenplatz in Darmstadt (sie soll sowohl von der Landes- wie der kommunalen Polizei genutzt werden) zur Kenntnis nehmen und feststellen, inwieweit diese Anlage unzulässig in die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingreift;
- die Schufa als privatrechtlich organisierte „Datensammelmaschine“, deren Firmensitz die Landeshauptstadt Wiesbaden ist, bei ihrem alltäglichen Geschäftsgebaren, insbesondere aber bei neuen Vorhaben (Stichwort: „Projekt Check Now“) gründlich prüfen;
- den Schutz der Sozialdaten des einkommenärmsten Teils der Bevölkerung im Blick haben und deshalb den 16 kommunalen Jobcentern und den Sozialämtern in Hessen Ihre Aufmerksamkeit widmen;



- die Umsetzung der Volkszählung 2022 kritisch begleiten sowie die ständig laufenden Mikrozensus-Abfragen verbessern (z. B. ist uns die Abfrage des Geburtsdatums statt von Alters-Clustern ein Dorn im Auge und aus unserer Sicht ein Angriff auf das Statistikgeheimnis);
- die unrechtmässigen Abfragen bei der hessischen Polizei zu privaten Zwecken konsequent verfolgen, wie es bereits in anderen Bundesländern üblich ist;
- eine kritische Überprüfung des Body-Cam Einsatzes im hessischen Strafvollzug vornehmen - die meisten Verbände haben sich dagegen ausgesprochen, so auch der Berufsverband der Bediensteten des Strafvollzugs;
- eine kritische Prüfung der Facebook-Auftritte von hessischen Städten, Gemeinden und Landesbehörden vornehmen - besonders im Lichte der EuGH-Urteils zum Privacy Shield;
- das Abschalten von WhatsApp Gruppen von Mitarbeiter*innen hessischer Behörden - besonders im schulischen Bereich - durchsetzen;
- eine Evaluierung des Hessischen Sicherheits-Überprüfungsgesetzes (was ist dabei wirklich erforderlich?) einfordern sowie
- eine Überprüfung der kürzlich erweiterten Befugnisse für das Hessische Amt für Verfassungsschutz (was ist dabei wirklich erforderlich?) vornehmen.

Im Bereich Informationsfreiheit wünschen wir uns, dass Sie

- mit Nachdruck gegenüber der Hessischen Landesregierung und den Fraktionen des hessischen Landtags dafür eintreten, die erkennbaren Mängel und Lücken im hessischen Informationsfreiheitsrecht zu ändern, insbesondere, was die fehlenden Informationsfreiheitsrechte gegenüber kommunalen Körperschaften angeht sowie
- die Wiedereinführung des Jedermann-Einsichtsrechts in Verfahrensverzeichnisse bei hessischen kommunalen und Landesbehörden unterstützen.

Und für die **Verbesserung der Arbeitsfähigkeit** wünschen wir Ihnen, dass Sie

- die Hessische Landesregierung und die Fraktionen des hessischen Landtags davon überzeugen können, dass Sie zur Wahrnehmung der in den letzten Jahren deutlich gewachsenen Aufgaben Ihrer Behörde deutlich besser mit Personal und mit Sachmitteln ausgestattet werden und
- ein Projekt zur Schaffung von unabhängigen kommunalen Datenschutzbüros unterstützen (auch weil wir gerade in letzter Zeit sehr viele Anfragen von verschiedenen Gruppen und Bürger*innen zu Datenschutzproblemen erhalten und die behördlichen Datenschutzbeauftragten der Kommunen durchweg zu schwach aufgestellt sind, eine nachhaltige Bürgerberatung anzubieten); ein entsprechendes Konzept - von uns ausgearbeitet und Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt vorgestellt - ist als Anlage diesem Schreiben beigefügt.

Abschließend möchten wir Ihnen vorschlagen, einen **regelmäßigen Dialog zwischen Ihnen und lokalen Datenschutzinitiativen in Hessen sowie hessische Vertreter*innen von bundesweit aktiven Bürgerrechtsorganisationen** zu beginnen. Sie würden mit einem solchen Dialogangebot dem Beispiel Ihres Amtskollegen, Herrn Ulrich Kelber, folgen. Er lädt seit seinem Amtsantritt Vertreter*innen von NGOs in regelmäßigen Abständen zum Meinungsaustausch ein; "vor Corona" zum Gespräch am Runden Tisch, danach in Form von Videokonferenzen.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** (<https://ddrm.de>)

Uli Breuer - Helga Röller - Roland Schäfer - Walter Schmidt - Axel Stolzenwaldt

(stellvertretend für alle Mitglieder)

Anlage

Konzept Unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro

dieDatenschützer Rhein Main sind

- eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>),
- Partner der Aktion: „Stoppt die e-Card!“ (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>),
- Partner des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>),
- Partner des Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA (<https://tipstoppenffm.wordpress.com/>) und
- Partner des Bündnis Transparentes Hessen (<https://www.transparentes-hessen.de/>).

Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung „11gegenZensus11“.

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischen Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die Digitalisierung des Gesundheitswesens und der Schutz von Gesundheits- und Behandlungsdaten, die Vorratsdatenspeicherung, die Transparenz staatlichen Handelns sowie weitere Datenschutzthemen.